

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 341

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. Januar 2004, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II**

Anwesend	37 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Priska Forter, Urs Lölinger, Alexander Martin, GR Felix Knöpfel
Abwesend unentschuldigt	
Vorsitz	Fredi Wiesner
Protokoll	Claudia May
Weibeldienst	Ermira Amiti

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Bericht der GPK zum Amtsbericht 2003	2357
2.	Abgabe der Parzelle 4766 im Halte von 5'746 m ² , Grundbuch Pratteln im Baurecht durch Bildung einer selbständigen Baurechtsparzelle	2355
3.	Interpellation von Urs Hess betr. „APH Madle: Pannen, Kosten und Schweigen“	2356
4.	Mutation zum Strassennetzplan Nr. 25 „Niderfeld“	2358
5.	Reglement über das Bestattungswesen und den Friedhof, Bericht der Spezialkommission, 1. Lesung	2233
6.	Reglement über die Ersatzabgabe für fehlende Abstellplätze (Ersatzabgabereglement), 2. Lesung	2345
7.	Totalrevision des Reglements über die Hundehaltung (Hundereglement) der Gemeinde Pratteln, 1. Lesung	2136
8.	Fragestunde (nach der Pause)	

Neuer persönlicher Vorstoss:

- Kleine Frage von André Stöckli betr. „Asbest in öffentlichen Gebäuden“.
-

Mitteilungen:

- Alexander Martin (FDP) hat seinen Rücktritt als Einwohnerrat per 31. Januar 2005 bekannt gegeben.

Beschlüsse**Geschäft Nr. 2357****Bericht der GPK zum Amtsbericht 2003****Aktenhinweis:**

- Bericht der GPK vom 16. Dezember 2004

Christine Von Arx: Wir haben uns mit dem Amtsbericht 2003 eingehend auseinandergesetzt. Dem Gemeinderat haben wir schriftlich Fragen gestellt und auch schriftlich, für die GPK zufrieden stellende Antworten erhalten. Die GPK dankt dem Gemeinderat und den Mitarbeitern der Gemeinde Pratteln für die geleistete Arbeit. Der Amtsbericht 2003 war für die GPK eine Herausforderung. Es ist sinnvoll, dass man die noch hängigen Geschäfte prüft und abschreibt. Beim Antrag zur Abschreibung von diversen Geschäften, können wir uns durchaus vorstellen, noch mehr Geschäfte abzuschreiben. Die Gestaltung des Amtsberichts war in der GPK auch ein Thema. Ein Ziel, welches mittelfristig umgesetzt werden soll. Es ist hilfreich ein Feedback des Einwohnerrats zu bekommen.

Rös Graf: Der Einwohnerrat hat einen umfassenden Bericht über das Jahr 2003 erhalten. Ich möchte mich beim Gemeinderat und den Mitarbeitern der Gemeinde Pratteln für die grosse Arbeit, welche dahinter steckt, bedanken. Der Einwohnerrat hat ein gutes Nachschlagewerk erhalten, welches unsere Arbeit erleichtert. Die Statistiken und Tabellen sind sehr informativ. Die Anregung der GPK den Amtsbericht neu zu gestalten und strukturieren, unterstützt die SP-Fraktion. Wir würden es begrüßen, wenn die Zielsetzungen der einzelnen Abteilungen einfließen würden. Ebenfalls wäre es gut, wenn die Gemeinderäte ihre Zielsetzungen und Vorschläge des jeweiligen Departements formulieren würden. Wir reklamieren dann, wenn bei der Umgestaltung des Berichtes nur noch kommentiert werden würde und Statistiken und Tabellen nicht mehr im jetzigen Umfang zu finden wären. Dem Antrag der GPK stimmen wir mehrheitlich zu. Zufrieden sind wir mit dem Teil A, dass der Zwischenbericht der hängigen Geschäfte zurück gestellt wird und erst dann verhandelt wird, wenn der Detailbericht vorliegt. Zu einzelnen Kapitel haben wir noch Fragen und Bemerkungen.

://: Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr auf das Geschäft einzutreten.

Heinz Schiltknecht: Im Jahre 2000 wurde unter der Rubrik „Personelles“ informiert, wie viele Mitarbeiter die Gemeinde Pratteln beschäftigt. Dies ist nicht mehr der Fall. Eine relevante Information für den Einwohnerrat. Es erstaunt mich, dass diese Information nicht mehr erwähnt ist. Warum ist dies nicht mehr der Fall? Beim Kanton wird jede einzelne Stelle mit Pensum aufgelistet. Ich bitte den Gemeinderat, diese Information im nächsten Amtsbericht wieder einzubringen.

Stefan Löw: Die Subkommission hat früher dem Gemeinderat Aufträge erteilt, welche noch hängig sind. Ich habe damals schon angeregt, dass Herr Kurt Lanz einmal eingeladen wird und er der GPK über die vergangenen 4 Jahre berichtet.

Urs Schneider: Auch wir haben den Amtsbericht eingehen studiert. Fragen konnten intern beantwortet werden. Unsere Fraktion wird den Anträgen der GPK zustimmen. Die 4 Geschäfte sind abzuschreiben und der Bericht wird genehmigt.

GP Beat Stingelin: Der nächste Amtsbericht wird gestalterisch nicht verändert. Wir werden uns jedoch für die zukünftigen Amtsberichte Gedanken für Verbesserungsmassnahmen machen. Zum Punkt fünf des Berichtes der GPK möchte ich sie informieren, dass der Gemeinderat letzten Freitag an einer ausserordentlichen Sitzung tagte und den Teil A überarbeitet hat. Wir werden den Antrag stellen, alte Geschäfte abzuschreiben. Es macht keinen Sinn Geschäfte nachzuführen, welche nicht mehr relevant sind. Den Stellenplan werden wir im nächsten Amtsbericht einflechten.

Heinz Schiltknecht: Es ist wichtig, dass alle Informationen im Amtsbericht kontinuierlich enthalten sind. Auf der Seite 8 des Amtsberichts wird erwähnt „künftig schalten wir...“ Wer ist wir? Aufgrund welcher rechtlichen Grundlage wird dies vom Gemeinderat entschieden?

GR Rolf Wehrli: Dies ist ein Bericht des Gemeinderates und somit ist „wir“ der Gemeinderat. Die Betriebskommission macht Vorschläge, stellt Anträge an den Gemeinderat und dieser genehmigt die Vorschläge.

Ruedi Brassel: Dem Antrag, das Geschäft 1876 abzuschreiben kann ich nicht zustimmen. Die IKEA kam vor 8 Jahren nach Pratteln. Das Thema „Luftbelastung“ wurde im Einwohnerrat damals diskutiert. Die Luftbelastung ist heute nicht besser. In Sachen Temporeduktion wurden Massnahmen ergriffen, jedoch bezweifle ich, dass unser Einwohnerrat, wie er heute zusammen gesetzt ist, heute noch den Mut und die Einsicht hätte, eine solche Motion zu unterstützen. Ich möchte gerne, dass dieses Geschäft nicht abgeschrieben wird.

Der Rat beschloss mit 25 :11 Stimmen und 1 Enthaltung:

://: 1. Das Geschäfte 1876 wird abgeschrieben.

Der Rat beschloss einstimmig:

2. Die Abschreibung der Geschäfte 2023, 2190 und 2221 wird genehmigt.

3. Der Bericht des Gemeinderats an den Einwohnerrat über die Amtsführung im Jahre 2003 wird genehmigt.

Geschäft Nr. 2355

Abgabe der Parzelle 4766 im Halte von 5'746 m², Grundbuch Pratteln im Baurecht durch Bildung einer selbständigen Baurechtsparzelle

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 30. November 2004

GR Max Hippenmeyer: Es handelt sich bei dieser Parzelle um dieselbe wie beim Durchgangszentrum. Nach dem negativen Volksentscheid, hat sich der Gemeinderat um eine weniger kontroverse Nutzung der Parzelle bemüht. Der Preis ist etwas tiefer angesetzt und basiert auf den aktuellen Landpreisen. Wir wollten die ganze Parzelle im Baurecht abgeben obschon die Nutzung durch die stark abfallende Böschung klei-

ner ist. Der ausgehandelte Preis steht nicht zur Debatte. Die Gegenpartei ist nicht bereit für Nachverhandlungen. Über die Dauer des Vertrags kann man jedoch reden. Entsprechende Rückfragen haben ergeben, dass er auch mit einer kürzeren Laufzeit und einer Verlängerung leben könnte. Unbestritten ist, dass wir Einnahmen brauchen. Mit dem vorliegenden Baurechtsvertrag würden wir jährlich fast CHF 75'000.— einnehmen. Diese Summe entspricht einer Gemeindesteuer von 12 Personen mit einem steuerbaren Jahreseinkommen von CHF 100'000.—. Jahrelang war es unser Bestreben, gut verdienende Steuerzahler nach Pratteln zu holen. Mit diesem Baurechtsvertrag haben wir das Problem aus finanzieller Hinsicht entschärft.

Rös Graf: Die SP-Fraktion ist für die Vorlage des Gemeinderates und unterstützt den Abschluss dieses Baurechtsvertrags. Bei der heutigen finanziellen Lage der Gemeinde Pratteln sind wir um jeden Franken froh. Der Kanton hätte zwar wesentlich mehr Baurechtszins für das Durchgangszentrum bezahlt, jedoch hat die Bevölkerung auf Grund eines Referendums das Durchgangszentrum abgelehnt. Wir bekommen nun anstelle von Menschen weisse Parkfelder. Wieder ein paar Autos mehr, welche Pratteln belasten.

Petra Ramseier: Auch die Fraktion der Grünen und Unabhängigen begrüsst dieses Geschäft. Wir haben jedoch einen Antrag zur Kürzung der Dauer, sind aber durchaus für Eintreten.

Erika Schaub: Die SVP ist auch für ein Eintreten. Anfänglich standen wir dem Preis sehr kritisch gegenüber. Befragungen haben jedoch ergeben, dass der Preis gerechtfertigt ist. Wir haben einen schriftlichen Antrag vorbereitet und möchten bei der Beschlussfassung folgende Variante: „Dauer 49 Jahre, mit zwei mal Verlängerung“.

Stefan Löw: Auch die FDP-Fraktion stimmt diesem Baurechtsvertrag zu. Der Preis ist gerechtfertigt. Wir unterstützen den Antrag der SVP mit einer Dauer von 49 Jahren und 2-mal Verlängerung von 25 Jahren.

://: Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr auf das Geschäft einzutreten.

Petra Ramseier: In wenigen Jahren wird der Anschlusskreisel fertig. Kann es sein, dass man dann den Vertrag kündigt? Oder ist die Dauer gesetzt bis der Vertrag ablaufen wird? Wir möchten den Antrag stellen, die Dauer auf 20 Jahre zu verkürzen.

Erika Schaub: Es gibt niemand Geld aus bei einer Dauer von 29 Jahren. Niemand würde schliesslich ein Einfamilienhaus bauen mit einem Wissen, es nach 29 Jahren wieder abbrechen zu müssen.

Petra Ramseier: Wir wissen nicht, was in 30 oder 70 Jahren ist.

GR Max Hippenmeyer: Der Kreisel hat keinen Einfluss auf die Landpreise. Der Kreisel ist aus verkehrstechnischen Gründen gebaut worden. Diese Parzelle wollen wir seit über 20 Jahren an den Mann bringen. Zuerst wollten wir sie verkaufen aber die Parzelle ist einfach sehr schlecht nutzbar. Die 20 Jahre sind wirklich nicht realistisch. Kein Mensch investiert etwas, das er in 20 Jahren abschreiben kann. Dies wäre eine negative Wirtschaftsförderung.

Heinz Schiltknecht: Im Normalfall bekommt der Einwohnerrat eine Kopie des Vertrags. Wir haben immer den kompletten Baurechtsvertrag im Einwohnerrat erhalten und nicht nur summarische Angaben. Wir wissen ja nicht, was schlussendlich beschlossen wird. Der Vorlage könnte ich, so wie sie vorliegt, zustimmen. Ohne Baurechtsvertrag lehne ich sie ab.

GR Max Hippenmeyer: Ich denke, ihr könnt so viel Vertrauen in den Gemeinderat haben. Es wird nicht etwas anderes beschlossen als im Einwohnerrat behandelt. Es geht um eine rein formelle Sache.

Olga Aeberhard: Hat der Punkt 3.2, Gültigkeit bis 30. Juni?

Urs Hess: Ich möchte noch einmal Werbung für den gestellten Antrag der SVP-Fraktion machen. Dauer: 49 Jahre mit einer Option 2 x Verlängerung von 25 Jahren. Ich bitte sie, unserem Antrag zuzustimmen.

GR Max Hippenmeyer: Der Punkt 3.2 ist eine Absicherung und braucht eine Baubewilligung. Der Vertrag muss bis zu diesem Datum unterzeichnet sein. Wir hoffen aber schwer, dass der Vertrag sogar im Juni 2005 unterschrieben ist.

Nadia Maurer: Ich verstehe nichts von Baurechtsverträgen. Mich nimmt wunder, warum in dieser Vorlage explizit von einer ersten Phase die Rede ist. Sind schon Ideen für die zweite Phase bekannt?

GR Max Hippenmeyer: Wir wissen im Moment noch nicht, was in einer zweiten Phase ist. Es kann durchaus sein, dass sich überhaupt nichts ändert.

Rös Graf: Ist es üblich, Baurechtsverträge gemäss dem Antrag der SVP-Fraktion abzuschliessen?

GR Max Hippenmeyer: Es spielt keine Rolle, ob die Dauer 99 Jahre beträgt oder 49 mit einer Verlängerung von 2 x 25 Jahren. Der Investor will einfach eine gewisse Sicherheit haben.

Erika Schaub: Seit längerem werden in diesem Gebiet Verträge mit einer Dauer von 49 oder 52 Jahren abgeschlossen. Es hat niemand mehr einen Vertrag über 99 Jahren.

Petra Ramseier: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

GR Max Hippenmeyer: Ich möchte noch eine Ergänzung machen. Der Preis ist nicht fixiert auf 49 oder 99 Jahre. Der Preis basiert dem Landesindex der Konsumentenpreise und hat mit der Laufzeit nichts zu tun.

Der Rat beschloss einstimmig:

- //: 1. Der Einwohnerrat ermächtigt den Gemeinderat zum Abschluss eines Baurechtsvertrages für die Parzelle 4766 im Halte von 5'746 m² zu folgenden Bedingungen:
- Dauer: 49 Jahre / 2 x Verlängerung von 25 Jahren (mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen)
 - Baurechtszins: CHF 13.-- / m² und Jahr
 - Anpassung des Baurechtszinses alle fünf Jahre aufgrund des Landesindex der Konsumentenpreise
 - Indexstand bei Vertragsabschluss dient als Basis für die Erhöhung.
2. Der Beschluss 1 ist gültig bis 30. Juni 2006.
-

Geschäft Nr. 2356**Interpellation von Urs Hess
betr. „APH Madle: Pannen,
Kosten und Schweigen“**

GR Elisabeth Schiltknecht: Zu Frage 1: Ja. Zu Frage 2: Der Kanton Baselland beteiligt sich an den Kosten. Zu Frage 3: Die Finanzierung erfolgt durch die Stiftung. Es werden keine Mehrkosten der Stiftung erforderlich. Die Gemeinde unterstützt die Rentner wenn das Einkommen nicht ausreichend ist. In der Broschüre sehen sie, wer was bezahlt. Zu Frage 4: Die Mehrkosten spielen für die Geschäftsleitung keine Rolle. Zu Frage 5: Nein. Zu Frage 6: Vom Gemeinderat haben wir keine Vorgaben. Der Stiftungsrat würde jedoch die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Zu Frage 7: Nein. Zu Frage 8: Der Gemeinderat kann die Stiftungsurkunde nicht abändern. Für die Änderung sind ausschliesslich nur die Stiftungsräte zuständig. Zu Frage 9: Ja. Zu Frage 10: Nein, sie hat nicht immer informiert. Dies wäre im Nachhinein gut gewesen.

://: Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Urs Hess: Ich habe bereits im August nachgefragt, ob Mehrkosten entstehen. Wenn ich die Broschüre studiere, dann stelle ich fest, dass eine Gesamtsanierung des Heims vorgesehen ist. Deshalb kann ich davon ausgehen, dass bei den 22 Mio. Franken die Sanierung enthalten ist. Die Aussage, welche ich aus den Mitteilungen der Presse entnommen habe ist falsch. Im Weiteren gehe ich davon aus, dass bei dem erstellen des Kostenvoranschlags das Geld ausgegeben worden ist. Die Unternehmen haben sehr günstig gearbeitet. Ich möchte gerne vom Stiftungsrat resp. vom Gemeinderat wissen, ob die 28 Mio. Franken richtig gerechnet sind oder muss allenfalls mit 30 Mio. Franken gerechnet werden? Hat der Kanton eine Beteiligung an den Mehrkosten zugesagt? Beahlt er, wie bereits für die 22 Mio. Franken, 45% der Kosten? Unsere Stiftungsrätin des Gemeinderates hat ganz klar festgehalten, dass keine Erhöhung der Taxen gefordert wird. Jetzt ist bereits die Rede von einer Erhöhung von CHF 4. —. Ich gehe deshalb davon aus, dass der Stiftungsrat massiv über das Ziel hinausgeschossen hat. Im Vergleich mit Altersheimen anderer Gemeinde bezahlt Pratteln bereits CHF 22.— mehr pro Tag und Person.

GR Elisabeth Schiltknecht: Die Ausgangslage basierte auf einem ersten Projekt. Danach wurde beschlossen, was man bauen will. Dies kommt klar aus den Unterlagen hervor. Es gibt günstigere Altersheime. Aber nicht alle Altersheime bieten gleich viel. Alle Altersheime im Kanton, welche einen Umbau hinter sich haben, haben als Folge höhere Pensionstaxen. Es wird aber auch mehr geboten.

Urs Hess: Ist die Zustimmung des Kantons betreffend der Kostenüberschreitung gewährleistet? Mit einer dermassen grossen Kostenüberschreitung kann ich nichts anfangen.

GR Elisabeth Schiltknecht: Ein Gesuch ist beim Kanton eingereicht worden. Er wird uns bei der Gesamtabrechnung mitteilen, mit wie viel er sich beteiligt.

Stefan Löw: Es ist bedauerlich wenn man die Kosten in einem solchen Ausmass überschreitet.

Christine Von Arx: Der Stiftungsrat ist selbständig. Der Gemeinderat ist nicht der Stiftungsrat. Dieser ist eine ganz andere Behörde.

Urs Hess: Wir sind im Stiftungsrat als grösste Gemeinde vertreten. Es kann nicht sein, dass der Träger, welcher das Geld bringt, nichts zu sagen hat. Man kann dem Gemeinderat den Auftrag geben, dass die Stiftungsurkunde abgeändert wird.

Gert Ruder: Die Informationen sind umfassend und genügend. Wir haben einen Finanzexperten im Gemeinderat und auch er ist Mitglied in diesem Stiftungsrat. Ich möchte ihn bitten, uns zu sagen, ob er an Stiftungsratsbeschlüssen teilgenommen hat. Ist er der Meinung, dass das Beste für das APH Madle vollzogen wurde?

GR Elisabeth Schiltknecht: Zwischen 80-90% der Kosten werden von den Pensionären selbst bezahlt.

GR Max Hippenmeyer: Ich sehe keinen Anlass gegen den Stiftungsrat zu opponieren. Ich bin 1/9 des Stiftungsgremiums. Meine Voten sind jeweils auf der sparsamen Seite.

Geschäft Nr. 2358

Mutation zum Strassennetzplan Nr. 25 „Niderfeld“

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 28. Dezember 2004

GR R. Wehrli: Aus der Vorlage gehen die wichtigsten Details, welche zum Beschlussantrag des Gemeinderates führen hervor. Es geht um eine planerische Grundlage.

Petra Ramseier: Geht es beim Inhalt effektiv nur um das, was farblich eingezeichnet ist? Im Gebiet Kuenimatt hat es viele Strassen eingezeichnet, welche in der Realität nicht existieren. Sind diese einfach neu im Strassennetzplan integriert oder wurde darüber schon abgestimmt? Betreffend Fussgängerzone wird gesagt, dass eine Fussgängerzone bei der Saline entstehen wird. Wird dies ein Veloweg? Wie sieht die Erschliessung vom Bahnhof zur Kuenimattkreuzung aus? Die öffentliche Verkehrsverbindung Richtung Schweizerhalle muss ausgebaut werden. Wer finanziert diesen Ausbau?

Rös Graf: Die SP-Fraktion unterstützt die Mutation des Strassennetzplans mehrheitlich. Ich habe im Vorfeld mit dem Gemeinderat telefoniert. Die Firma Planzer baut ihr Logistikcenter. Es braucht dazu Ein- und Ausfahrten wie zum Beispiel den vorgeschlagenen Kreisel auf der Hardstrasse, damit der Auto- und Lastwagenverkehr reibungslos funktionieren kann. Die Mehrheit der SP-Fraktion findet es richtig, dass jetzt schon die Erschliessung für dieses Gebiet geplant und ausgeführt wird. Ebenso soll auch die Führung des öffentlichen Verkehrs resp. die Linienführung festgelegt werden. Für uns ist es auch sehr wichtig, dass die Velo- und Fussgängerwege geplant und auch ausgeführt werden, wie das im vorgelegten Plan festgelegt worden ist. Auf der Seite 3 der Vorlage wird erwähnt, dass das Gebiet Pratteln Mitte ohne Förderung des öffentlichen Verkehrs nicht mehr funktionieren kann. Wir sind über diese Erkenntnis glücklich und hoffen um eine baldige Umsetzung.

Albert Willi: Die SVP-Fraktion hat den Plan genau studiert. Es sind Fragen aufgetaucht. Wir haben neben der Eisenbahnbrücke einen schönen grossen Pfeil. Dort soll eine Brücke entstehen. Wer bezahlt diese Kosten? Wir haben gewisse Unklarheiten im gesamten Plan und stellen deshalb den Antrag, das Geschäft an die Bau- und Planungskommission zu überweisen.

Rös Graf: Ich kann diesem Antrag zustimmen. Die SP-Fraktion war zuerst auch für eine Überweisung an die BPK. Der vom Gemeinderat zugesicherte Plan ist nicht vorhanden.

GP Beat Stingelin: Es stimmt nicht ganz, dass kein Plan vorliegt. Wir stimmen über die Kreisel sowie über die Ein- und Ausfahrten ab. Dieses Material ist vorhanden. Ende Oktober tagten wir zusammen mit dem Kanton. An dieser Sitzung ging es darum, alle Beteiligten auf denselben Informationsstand zu bringen und die weiteren Planungsschritte abzusprechen. Es geht heute nicht darum, wo ein Kreisel gesetzt werden soll, sondern wo der Verkehr einmünden soll. Grundsätzlich habe ich nichts dagegen, das Geschäft an die Bau- und Planungskommission zu überweisen aber dies ist sinnlos, da die Planung noch nicht soweit ist. Der BZ möchte ich sagen, dass der Gemeinderat Einspruch erhoben hat weil er nicht wollte, dass eingefahren wird. Wir verlangten Sonderbeiträge und dies ist auch in der Pressemitteilung erwähnt. Die Einfahrt in das Areal war zwischen der IKEA und der Ausbuchtung der Bushaltestelle geplant. Dies ist in unseren Augen nicht realisierbar und deshalb machten wir den vorliegenden Vorschlag. Der Kanton sowie auch die Firma Brodtbeck haben dem zugestimmt. Ebenfalls hat die Firma Brodtbeck resp. Planzer einer Finanzierung des Kreisels und der Einfahrt zugestimmt. Das rot gekennzeichnete Trasse ist der öffentliche Verkehr. Sicherlich habt ihr alle bereits vom Kanton vernommen, dass eine Verlängerung des Trams Nr. 3 von Birsfelden nach Pratteln geplant ist. Deshalb ist die Brücke eingezeichnet. Wenn der Kanton diese Illusion hat, dann soll er sie haben. Wir müssen diesen Platz freihalten, damit allenfalls bei einer Verlängerung der Tramlinie der Raum nicht verbaut ist. Persönlich glaube ich nicht, dass das Tram in den nächsten 30 Jahren weiter gezogen wird. Wahrscheinlich der Kanton auch nicht. Betreffend Fahrradweg haben wir die Zusicherung und das ist wichtig. Die Verbindung zum Grüssen ist nicht optimal. Die Bau- und Planungskommission hat diese Thematik dem Kanton bereits mitgeteilt. Diese beiden Punkte haben wir erreicht und das Geld ist zugesichert. Die Rechnung ist bereits gestellt.

Hein Schiltknecht: Wir sind gegen eine Überweisung an die Bau- und Planungskommission. Ich wäre schon froh, wenn der Gemeinderat im Stande wäre, uns jeweils einen aktuellen Strassennetzplan und die vollständigen Mutationen abzugeben. Es kann nicht angehen, dass wir veraltete Pläne erhalten. Wozu haben wir in sämtlichen Jahren so viel Geld bewilligt, damit bei der Bauverwaltung die Pläne automatisiert werden können und wir effizienter werden? Dies stört mich an dieser Vorlage. Im Moment geht es um nichts anderes, als den Platz freizuhalten. Ich möchte sie bitten, nicht auf den Überweisungsantrag einzutreten.

Gert Ruder: Ich möchte mich Herrn Schiltknecht anschliessen. Dieser Plan ist schlecht und unvollständig. Auf der einen Seite sind bereits Strassen eingezeichnet und auf der anderen Seite sind Strassen gar nicht gekennzeichnet, welche bereits existieren. So wie zum Beispiel die Unterführung zur IKEA. Ich bitte den zuständigen Gemeinderat, dass er uns zukünftig einen aktuellen Plan zustellt. Wenn man auf den Plänen das Geschäft nachvollziehen kann, dann kann man dieser Vorlage zustimmen.

GR Rolf Wehrli: Es geht um die Sicherstellung des öffentlichen Verkehrs. Dies wurde auch in der BPK besprochen und kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Heute erarbeiten wir die Grundlage zu diesem Geschäft. Eine Überweisung bringt nichts. Ich bitte sie, eine Grundlage zu schaffen, damit weiter geplant werden kann. Es wird später eine separate Vorlage über die einzelnen Punkte geben.

Stephan Ackermann: Ich möchte gerne noch einmal über die Brücke sprechen und danach entscheiden, ob das Geschäft überwiesen werden soll oder nicht. Der Gemeindepräsident hat gesagt, dass diese Brücke das Tram wäre, welches allenfalls nie kommen wird. Warum ist die Brücke gelb gekennzeichnet? Normalerweise sind gelbe Kennzeichnungen Sammelstrassen. Dies ist verwirrend. Reden wir von einer Sammelstrasse oder wirklich vom Tram? Mir ist sehr wichtig, dass das Geld, welches von der Firma einfließt für den Kreisel und die Einfahrt sowie den öffentlichen Verkehr reicht. Es muss auch für den langsamen Verkehr etwas gemacht werden.

Petra Ramseier: Reden wir von Sammelstrassen und der öffentliche Verkehr ist Nebensache?

Rös Graf: Die Erklärung von Beat Stingelin hat mich überzeugt. Mir ist wichtig, dass dieser Kreisel gebaut werden kann.

André Stöckli: Es geht nicht um eine Brücke oder eine Strasse. In Zusammenhang mit den Quartierplänen sind wir mit dem Kanton zusammen gesessen. Ich möchte sie bitten, dem Antrag der SVP nicht zuzustimmen, weil es keinen Sinn macht. Es wäre unnütze Arbeitsbeschaffung.

GP Beat Stingelin: Dies ist ein Plan und zeigt planerische Voraussetzung um zu realisieren, was möglich wäre. Wenn die Gelder von der Firma Planzer nicht reichen und der Verkehr uns zu anderen Massnahmen zwingt, wird die Firma Planzer verpflichtet sein, Sonderbeiträge zu zahlen. Mit den jetzigen Geldern der Firma Planzer können wir schon viel finanzieren.

Ruedi Brassel: Ich kann dieser Mutation problemlos folgen. In den Fraktionen herrscht offenbar ein unterschiedlicher Informationsstand und Fragen müssen ernst genommen werden. Die Kommissionsberatung kann und soll dazu dienen, solchen Fragen nachzugehen. Ich unterstütze den Antrag, das Geschäft an die Kommission zu überweisen. Persönlich finde ich diese Mutation richtig.

Urs Hess: Der Plan kam zu kurzfristig und ich konnte mich bis zur Fraktionssitzung nicht schlau machen. Es wurde viel erklärt. Trotzdem möchte ich das Geschäft an die Bau- und Planungskommission überweisen.

Urs Baumann: Die FDP-Fraktion ist für den Antrag und ich denke, dass das Geschäft nicht an die BPK überwiesen werden muss. Wir haben vom Gemeinderat genügend Informationen erhalten.

://: Der Überwesungsantrag der SVP wird mit 24 : 13 Stimmen abgelehnt.

Der Rat beschloss mit 25 : 2 Stimmen und 10 Enthaltungen:

://: Der Einwohnerrat stimmt der Mutation zum Strassenplan Nr. 25 „Niderfeld“ zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens.

Fragestunde

Frage von Erika Schaub: „Sicherheit an der Fasnacht 2005“

GR Ruedi Handschin: Zu Frage 1: Eine absolute Sicherheit gibt es nicht. Dieses Jahr wurden diverse Sicherheitsmassnahmen getroffen. Der Kanton hilft auch mit. An einer Sitzung sassen die Regierungsrätin Sabine Pegoraro, der Gemeinderat und Vertreter der Sekundar- und Primarschule sowie alle involvierte Personen, welche mit der öffentlichen Sicherheit zu tun haben an einen runden Tisch, um sich mit den Problemen auseinander zu setzen. Am 2. Februar findet die nächste Sitzung im Hinblick auf die Fasnacht statt. Der Kanton hat signalisiert, dass er uns helfen wird. Dies funktioniert nur, wenn die Bevölkerung mithilft. Den Vorwurf, die Polizei würde nichts unternehmen, kann ich nicht gelten lassen. Auch mit den Schulen haben wir vereinbart, mit der Polizei vermehrt zusammen zu arbeiten. Die Polizei arbeitet mit uns und nicht gegen uns. Wichtig ist auch, dass die Hauswarte orientiert sind und wissen, wie sie sich zu Verhalten haben.

GP Beat Stingelin: Zu Frage 2: Als Hausherr und Gemeindepräsident habe ich am Grümpeltturnier tatsächlich eine Ausnahme gemacht. Herr Aziz ist tatsächlich erschienen. Er hat mir gesagt, er hätte Geburtstag. Ich habe ihn auf Anraten der Polizei eingelassen. Die Polizei sagte, wenn jemand mit Hausverbot komme, sollte man diese einlassen aber begleiten. Genau dies habe ich gemacht. Ich habe ihn eingelassen und an der Bar in knapp 20 Minuten erklärt, warum er Hausverbot hat und warum er das Lokal verlassen muss. Danach habe ich ihn hinaus begleitet. Am Grümpeltturnier hatten wir keine Probleme und wir brauchten keine Polizei. Herr Aziz ist zweifellos ein Schlitzohr. An der Fasnacht ist die Sicherheit gewährleistet. Ich mache selber Fasnacht und werde nicht sehen können, ob er eingeht oder nicht. Dies überlasse ich dieses Mal ändern. Es ist jedoch nicht nur Herr Aziz. Es handelt sich um vier Personen, aber man kennt nur einen.

GR Ruedi Handschin: Zu Frage 3: Jede Anzeige wird weiterverfolgt, wenn diese Verstösse auch gemeldet werden. Es braucht dazu zwei Personen, welche bezeugen können wer, wann und wo eingetreten ist. Im letzten Halbjahr sind vier solche Verstösse zur Anzeige gemeldet worden. Zu Frage 4: Es wird kein Unterschied gemacht ob vorgeschoben oder nicht. Jede Gewalt und jede Übertretung wird von der Polizei mit den nötigen Massnahmen behandelt. Ich kann versprechen, dass die zuständigen Personen und Stellen nicht nur davon reden, sondern auch durchgreifen werden.

Erika Schaub: Ich möchte mich für die Beantwortung bedanken. Es gibt ein Mann, welcher ein Schlitzohr ist. Persönlich kenne ich ihn nicht. Er hat Hausverbot bekommen und man schaut einfach darüber hinweg. Wir haben Gesetze, welche eingehalten werden müssen und wir schauen einfach darüber hinweg. Dies wird ausgenützt. Ich habe mit der Polizei telefoniert und diese gab mir zur Antwort, dass sie nicht handeln kann, wenn sie keine Anzeige erhalten. Ob unser Gemeindepräsident dort Hausherr war oder nicht; dieser Mann hat Hausverbot und es befremdet mich, wenn man sich darüber hinwegsetzt. Wenn wir unser Recht nicht ausschöpfen, dann wird er uns immer wieder hinters Licht führen.

GP Beat Stingelin: Erika Schaub kennt Herrn Aziz nicht. Aber ich kenne ihn gut. Ich habe an einem 1. August eingegriffen, als er Raketen ins Kuspo warf. Ich weiss, was ich gemacht habe und ich weiss, wie man sich mit einer solchen Person auseinandersetzt.

Erika Schaub: Ist es richtig, dass man nach einem Führerausweisentzug sagen kann, dass er noch einmal fahren darf?

Geschäft Nr. 2233

Reglement über das Bestattungswesen und den Friedhof, Bericht der Spezialkommission, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 11. Februar 2003
- Reglementfassung der Spezialkommission vom 27. September 2004

1. Lesung:

§2

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion schlägt ihnen vor, die „Alternative 1“ zu wählen. Beim §2 Abs. 2 fünf Mitglieder anstelle von 7.

Ruedi Brassel: Die SP-Fraktion ist auch für die „Alternative 1“. Es ist sicher sinnvoll wenn die Verwaltungsmitglieder eine beratende Stimme mitbringen können, jedoch beim Entscheidungsprozess nicht involviert sind.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion ist für die „Alternative 2“. Wir finden, dass die Sachverständigen und die beiden involvierten Verwaltungsabteilungen mit dabei sind.

Urs Hess: Wenn man dem Antrag „Alternative 2“ nicht zustimmt, dann würde ich den Antrag stellen, in der „Alternative 1“ das Wort „ständig“ in „beratend“ zu ändern.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag „Alternative 1“ mit 27 : 9 Stimmen und einer Enthaltung zu.

Ruedi Brassel: Es ist eine ständige beratende Kommission, das heisst, dass jede Amtsperiode vom Gemeinderat neu bestätigt werden muss. Diese Ergänzung ist nicht nötig und ich bitte sie, diesen Antrag nicht anzunehmen.

Urs Hess zieht den Antrag zurück.

§18

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion schlägt ihnen „die Alternative 2“ vor. Beim §18 Abs. 3 geht es um eine Verwaltungshandlung. Ein operatives Geschäft der Gemeindeverwaltung.

Ruedi Brassel: Die SP-Fraktion ist für die „Alternative 1“. Es geht hier um eine klare Regelung. Beim §18 geht es um vernachlässigte Gräber. Die Gemeindeverwaltung muss mit den Hinterbliebenen Kontakt aufnehmen und sie mahnen und die Aufhebung dieser Zustände in die Wege leiten. Es kann ein heikler Eingriff sein und daher soll bei der Kommission Rücksprache eingeholt werden. Es ist nicht so, dass dies ein Tagesgeschäft ist. Es geht hier um eine absolute Ausnahmesituation. Darum ist es wichtig und richtig, dass man diese Schlaufe über die Kommission macht.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion ist für die „Alternative 2“. „Die Alternative 1“ ist für uns zu umständlich.

Kurt Lanz: Als Direktbetroffener möchte ich ihnen nahe legen, dass sie sich für die „Alternative 1“ entscheiden. Ich habe diese Situation persönlich schon erlebt und habe mich daran gestossen, dass ich verwaltet worden bin. Darum möchte ich dies der Kommission überlassen.

Ruedi Meury: Ich kann mit beiden Alternativen leben. Die einfachere Alternative wäre, dass dies direkt von der Verwaltung aus geschieht. Wir werden der „Alternative 2“ zustimmen.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag „Alternative 1“ mit 19 : 18 Stimmen zu.

§ 21

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion ist beim §21 Abs. 4 für die „Alternative 2“.

Kurt Lanz: Ich denke, die Gemeinde soll darüber verfügen und nicht die Abteilung.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag „Alternative 1“ mit 19 : 17 Stimmen und 1 Enthaltung zu.

§§23/24

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion ist für die „Alternative 1“. Beim betrachten der Verordnung, kommen wir zum Schluss, dass bei der „Alternative 2“ für den Gemeinderat massiv höhere Gebühren entstehen. Wir können diese massiven Gebühren nicht unterstützen. Es handelt sich um eine verdeckte Steuererhöhung.

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion kann dem gar nicht zustimmen. Wir unterstützen die „Alternative 2“. Grundsätzlich finden wir es richtig, dass beim §23 der Abs. 1 erwähnt ist. Gebühren sind in allen anderen Reglementen Sache des Gemeinderates. In der „Alternative 2“ ist dies erfüllt und die Notwendigkeit des §24 würde entfallen.

Heinz Schiltknecht: Persönlich bevorzuge ich die „Alternative 1“. Ich kann das Argument von Christian Schäublin aufnehmen. Jede Gebühr, welche die Gemeinde Pratteln zusätzlich erlässt, ist eine versteckte Steuererhöhung. Ich bitte Sie, der „Alternative 1“ zuzustimmen.

Ruedi Brassel: Die SP-Fraktion ist ganz klar für die „Alternative 1“. Tatsächlich kann der Gemeinderat eine Gebühr festlegen, aber im Rahmen von Vorgaben, welche der Einwohnerrat bestimmt. Die Gebührenerhöhung, welche wir vom Gemeinderat erhalten haben bedeutet eine Verfünffachung der jetzigen Gebühren. Die ist massiv hoch und in diesem sensiblen Bereich wirklich viel. Ich bitte sie, bei den §§ 23 und 24 der „Alternative 1“ zuzustimmen.

GR Max Hippenmeyer: Heute haben wir schon Gebühren von CHF 1'000. —. Bei weniger Kosten werden einfach die Dienstleistungen abgebaut. Den §24 kann man stehen lassen aber im §23 muss man beim Abs. 2 die Gebühren von CHF 750.— aufstocken.

Dieter Stohler: Ich gehe durchaus mit Ruedi Brassel einig. Ich verlange nicht das Fünffache der Gebühren. Ich habe Vertrauen in den Gemeinderat. Im §23 stehen zwei ganz wichtige Vorgaben. Das Wort „kostendeckend“ und im Abs. 2 in welchem Fall es „kostenlos“ ist. Zusammenfassend finde ich diese Lösung die stufengerechtere.

Heinz Schiltknecht: Ich möchte ganz klar zu Protokoll geben, dass es nicht angeht, dass der Gemeinderat einfach das Gefühl hat, im Falle einer Nichtzustimmung von „Alternative 2“, die Dienstleistungen abzubauen. Die Meinung ist, dass wir die Leistungen, welche wir bis anhin erbracht haben, weiterhin erbringen. Generell gesehen finde ich es wichtig, dass wir die „Alternative 1“ wählen. Die Kommission berücksichtigt andere Aspekte als der Gemeinderat. Ich betone noch einmal, dass ich gegen jegliche Steuererhöhung auf Kosten von Gebühren bin. Wir müssen das Geld an anderen Orten suchen. Ich bitte Euch, der „Alternative 1“ zuzustimmen. Im §24 kann unter Abs. 2 über eine allfällige Änderung der Maximalgebühren diskutiert werden.

Stephan Ackermann: Ich bin auch für die „Alternative 1“.

Stefan Löw: Wir überweisen das Geschäft an eine Spezialkommission. Dies in der Absicht, dass diese abklärt und uns Bericht erstattet. Keiner kann uns aber sagen, was ein kostendeckender Betrag wäre. Die Interessensvertreter haben einfach versucht, ihre Interessen durchzubringen.

Ruedi Brassel: Die Kommission hat sich durchaus Gedanken gemacht. Wir haben diverse Abklärungen getroffen. Es handelt sich um eine wesentliche Erhöhung bei „Alternative 2“. Der Vorschlag ist sehr wohl überlegt und lang diskutiert worden.

GR Max Hippenmeyer: Ich möchte einfach noch einmal erwähnen, dass die jetzigen Kosten zum Teil überschritten worden sind.

Kurt Lanz: Der Betrag von CHF 750.— kann erhöht werden. Da hat wohl niemand etwas dagegen.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag §23 „Alternative 1“ mit 29 : 7 Stimmen und 1 Enthaltung zu.

§24

GR Max Hippenmeyer: Ich beantrage, dass die Grabstättengebühren im §24 Abs.2 auf maximal CHF 1500.— gesetzt werden, damit wir mindestens im jetzigen Rahmen weiterfahren können.

Hein Schiltknecht: Ich beantrage eine Erhöhung von CHF 500. —.

Dieter Stohler: Wir gehen mit dem Antrag des Gemeinderats einig. Ich möchte gerne daran erinnern, dass es sich um eine Maximalgebühr handelt. In der Gebührenordnung, welche seit 1990 In Kraft ist, haben wir CHF 1000. —. Wir finden CHF 1'500.— sind massgerecht.

Urs Hess: Wir sind für CHF 750.—.

Ruedi Brassel: Man muss wissen, dass selbst die CHF 750.— im Schnitt gesehen eine Erhöhung bedeuten. Gebühren von CHF 1'000. — wurden nur bei den Urnenschengräbern und bei neu eingerichteten Gräbern belastet. Die bisherigen Gräber sind gebührenfrei geblieben. Dies hat eine Ungleichheit geschaffen, welche bei der Kommission auf sehr wenig Akzeptanz gestossen ist. Es betrifft ja auch nur die Leute, welche in Pratteln gelebt haben. Für alle andern tritt „b“ in Kraft.

Olga Aeberhard: Ich möchte darauf hinweisen, dass das Begräbnis für in Reinach wohnhaft gewesene unentgeltlich ist. In Allschwil ist das nicht anders.

GR Max Hippenmeyer: Wir reden nicht von Steuern sonder von Gebühren. Haltet Euch an die Vorgaben. Gebt uns das Vertrauen, die Gebühren auf CHF 1'500.— zu setzen, damit das Reglement nicht schon bald wieder geändert werden muss. Wenn man ein neues Reglement in Kraft setzt, sollte es ja für eine gewisse Zeit gültig bleiben. Dies ist der einzige Sinn und Zweck.

Heinz Schiltknecht zieht seinen Antrag zurück.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag der Kommission auf Festlegung der Gebühr auf CHF 750.— mit 22 : 9 und 6 Enthaltungen zu.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag §24 „Alternative 1“ mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen zu.

Ende der 1. Lesung

Pratteln, 9. Februar 2005

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Die Sekretärin-Stv.

Fredi Wiesner Claudia May